



archiv

12. Februar 2002

[leserservice](#)
[verlag & impressum](#)
[sitemap](#)
[archiv](#)
[hilfe](#)

aktuell

[newsticker](#)
[olympia](#)
[politik](#)
[wirtschaft](#)
[sport](#)
[lokales & region](#)
[aus aller welt](#)
[hintergrund](#)
[kommentare](#)
[kultur](#)
[wissenschaft](#)
[wetter](#)
[modernes leben](#)
[zeitsprung](#)



service

[musik](#)
[kino](#)
[bücher](#)
[reise](#)
[multimedia](#)
[jugend](#)
[auto & verkehr](#)
[bauen & wohnen](#)
[essen & trinken](#)
[gesundheit](#)
[soziales](#)
[hochschule](#)
[veranstaltungstipps](#)
[preisrechner](#)

märkte

[stellenmarkt](#)
[fahrzeugbörse](#)
[immobilien](#)
[frühstücksbörse](#)
[treffpunkt](#)
[aus- und](#)
[weiterbildung](#)

aktiv

[forum](#)

[service](#)
[start](#)
[archiv](#)
[2001](#)
[Dezember 2001](#)
[21. Dezember 2001](#)
[politi](#)

Scharping erzürnt Strahlenopfer

Von unserem Korrespondenten Martin Ferber (Berlin)

Rudolf Scharping gab sich äußerst kulant. Er strebe, verkündete der Verteidigungsminister, eine "streitfreie und großherzige Regelung" an. Noch aktive oder ehemalige Soldaten der Bundeswehr, die in ihrer Dienstzeit in den 60er und 70er Jahren an offenbar unzureichend geschützten Radaranlagen gearbeitet hatten, deswegen einer erhöhten Röntgenstrahlung ausgesetzt und später an Krebs erkrankt waren, sollten rasch entschädigt werden. Das war am 21. Juni. Bis Weihnachten, so versprach er damals, sollte der Großteil der vorliegenden Anträge auf Wehrdienstbeschädigung bearbeitet sein und die Soldaten eine entsprechende Versorgungsleistung erhalten.

Kurz vor Weihnachten fällt die Bilanz niederschmetternd aus. Lediglich fünf Betroffene wurden bislang von der Bundeswehr tatsächlich als Opfer anerkannt, der Grad der Beschädigung beläuft sich dabei auf zwischen 30 und 100 Prozent. Einer der Betroffenen war mehrere Jahre als Mechaniker an dem Luftverteidigungssystem "Hawk" tätig, das in der Bundeswehr seit 1963 eingesetzt wurde. Über die Identität der anderen vier und ihren damaligen Einsatzort verlautete gestern nichts. Nach den bisherigen vorliegenden Erkenntnissen könne man davon ausgehen, dass es am Waffensystem Hawk "in Teilbereichen" eine Belastung durch ionisierende Strahlung gegeben habe, diese habe allerdings nicht das beängstigende Ausmaß angenommen, wie in der Vergangenheit behauptet wurde, hieß es im Ministerium. "Nur bei einigen wenigen Geräten wurden die kritischen Werte erreicht."

Insgesamt wurden 1486 Anträge gestellt. Davon sind bislang 231 Fälle abgeschlossen, 226 wurden abgewiesen. Gleichzeitig stellten auch 382 frühere Angehörige der Nationalen Volksarmee der DDR Anträge, von denen bislang 69 abgelehnt wurden, Anerkennung gab es keine. Die geringe Zahl der Entschädigungen wurde damit begründet, dass man all jene Fälle zuerst bearbeitet habe, deren Antrag offensichtlich unbegründet sei.

Der Berliner Anwalt Remo Klinger von der Kanzlei Geulen, die etwa 700 Radaropfer vertritt, sprach dagegen von einer "Frechheit": "Das ist der Versuch zu leugnen, dass es das Problem überhaupt gibt." Er kündigte an, zu Jahresbeginn Schadenersatzklage einzureichen und für jeden betroffenen Soldaten eine Entschädigung in sechsstelliger Höhe zu verlangen.

© Mannheimer Morgen – 21.12.2001

[chat](#)
[ihr über uns](#)
[kontakt](#)
[leserbriefe](#)
[galerie](#)
[anzeige des monats](#)

[▶ zurück](#)
[▶ Seitenanfang](#)

[▶ Druckansicht](#)
[▶ Artikel versenden](#)

preisrechner

Die
günstigsten
Benzin-,
Strom- und
Telefontarife



aus- und weiterbildung



Was
benötige ich
zu meinem
beruflichen
Erfolg?

webcam

R1-cam
Mannheim
Live



produced by Xmedias